

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Staatsminister Joachim Herrmann

Abg. Alexandra Hiersemann

Abg. Karl Straub

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Christine Kamm

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun rufe ich **Tagesordnungspunkt 3 d** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Errichtung des Bayerischen Landesamts für Asyl und Rückführungen

(Drs. 17/21999)

- Erste Lesung -

Herr Staatsminister Herrmann begründet den Gesetzentwurf.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres und Integration): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes des Bundes sind die Ausländerbehörden gesetzlich verpflichtet, den Aufenthalt von vollziehbar ausreisepflichtigen ausländischen Staatsangehörigen zu beenden. Bayern vollzieht das geltende Ausländerrecht und schiebt Ausländer ohne Bleiberecht, die eine freiwillige Ausreise ablehnen, konsequent ab. Dies spiegelt sich auch in den Zahlen der Abschiebungen und der freiwilligen Ausreisen wider. Mit 3.282 Abschiebungen im Jahr 2017 konnte das hohe Niveau des Vorjahres trotz veränderter Umstände nahezu gehalten werden. Auch bei der Zahl der freiwilligen Ausreisen hat Bayern 2017 wieder einen guten Wert erreicht. Mit insgesamt 13.101 freiwillig ausgereisten Personen konnte gegenüber 2016 eine leichte Steigerung erzielt werden.

Es ist bundesweit bekannt, dass Bayern alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpft, um die gesetzlich vorgeschriebene Ausreiseverpflichtung von Personen ohne Aufenthaltsrecht durchzusetzen. Diese konsequente Haltung schlägt sich auch in der hohen Zahl freiwilliger Ausreisen nieder. Wer ernsthaft mit seiner Abschiebung rechnen muss, der geht oft lieber freiwillig.

Abschiebungen stehen zunehmend in Staaten an, mit denen die Zusammenarbeit beispielsweise bei der Passbeschaffung sehr schwierig ist. Grundsätzlich sind Rückführungen in die Heimatländer mit einem gültigen Nationalpass oder einem gültigen Passersatzdokument unproblematisch möglich. In der Regel liegen diese Dokumente den zuständigen Ausländerbehörden nicht vor und werden auch von den Ausreise-

pflichtigen nicht beigebracht. Die weit überwiegende Mehrheit aller Asylbewerber gibt vor, über keine Identitätsnachweise zu verfügen. Die Voraussetzung für die Abschiebung ist damit regelmäßig die Beschaffung von Passersatzpapieren durch die Ausländerbehörden, was allerdings zwingend die Identitätsklärung durch die Ausländerbehörden voraussetzt. Rückführungen scheitern derzeit oft daran, dass die abzuschiebende Person aktiven oder passiven Widerstand leistet. Das geht so weit, dass sich die Person beispielsweise bewusst mit Fäkalien beschmutzt. In diesen Fällen verweigern Piloten in der Regel die Mitnahme im Flugzeug. Aus diesem Grund setzen wir vermehrt auf Sammelabschiebungen, gerade auch in Kooperation mit anderen Bundesländern. Hierfür arbeiten wir seit dessen Gründung aktiv mit bayerischen Beamten im Gemeinsamen Zentrum zur Unterstützung der Rückkehr, im ZUR, in Berlin mit.

Insgesamt verursachen Abschiebungen einen immensen personellen und logistischen Aufwand aufseiten der Polizei und der Ausländerbehörden. Bayern hat mit seinen sieben Zentralen Ausländerbehörden, deren zentrale Aufgabe die Aufenthaltsbeendigung ist, bereits jetzt bundesweit Vorbildcharakter. Bayern begnügt sich mit dieser Rolle nicht, sondern will noch besser werden.

Die von mir dargestellten gewachsenen Herausforderungen bei der Erfüllung dieser Aufgabe verlangen nach einer stärkeren Bündelung von Kompetenzen und einer weiteren Optimierung der behördlichen Zusammenarbeit, um den Aufenthalt ausländischer Staatsangehöriger, deren Asylantrag abgelehnt worden ist, zeitnaher und konsequenter beenden zu können. Deshalb hat der Ministerrat am 23. März beschlossen, als eine dem Staatsministerium des Innern und für Integration unmittelbar nachgeordnete rechtlich selbstständige Landesoberbehörde ein Bayerisches Landesamt für Asyl und Rückführungen zu errichten. Mit der Errichtung dieses Landesamts und der damit verbundenen Bündelung von zentral für ganz Bayern zu erledigenden Vollzugsaufgaben werden Synergieeffekte im Bereich Asyl, Abschiebung und Förderung der freiwilligen Ausreise erzielt.

Das neue Landesamt wird die landesweiten, operativen Verwaltungsaufgaben im Bereich der Rückführung wahrnehmen. Das sind unter anderem die zentrale Passbeschaffung, die Koordinierung von Sammelabschiebungen, die Bearbeitung von Schubaufträgen der Ausländerbehörden und die operative Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit dem Gemeinsamen Zentrum zur Unterstützung der Rückkehr und weiterer länderübergreifender Gremien. Außerdem soll das Landesamt auch die Aufgabe haben, Rückkehrprogramme zu koordinieren und zu verstärken.

Das Landesamt soll im Endausbau samt den Zentralen Ausländerbehörden über einen Personalbestand von rund 1.000 Stellen verfügen. Die Regierung von Oberbayern wird weitere 30 Stellen für die Aufgaben der zentralen Passbeschaffung besetzen. Nach den derzeitigen Planungen sind insgesamt 120 neue Stellen vorgesehen. Hauptsitz der Behörde wird im Transitzentrum Ingolstadt-Manching sein. Das Landesamt soll am 1. August 2018 seine Arbeit aufnehmen.

Ich bitte das Hohe Haus um zügige Beratung des Gesetzes und um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Ich eröffne die Aussprache. Frau Kollegin Hiersemann ist die erste Rednerin.

Alexandra Hiersemann (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Seit Amtsantritt des Ministerpräsidenten scheint es fast täglich Geschenke vom weiß-blauen Himmel zu regnen. Das sind jedoch Geschenke, die sich beim Auspacken als leere Hüllen entpuppen. Eines dieser Geschenke ist also das neue Bayerische Landesamt für Asyl und Rückführungen. Es soll dazu dienen, den Aufenthalt von abgelehnten Flüchtlingen so schnell wie möglich zu beenden. Zuvor soll es die zentrale Passbeschaffung erledigen. Dies bedeutet nichts anderes, als dass beispielsweise Afghanen zu der für sie teilweise unmöglichen Beschaffung einer Tazkira verpflichtet werden. Minister Herrmann hat es bereits vorgetragen; das spart mir Zeit. Schubaufträge, Flugbu-

chungen und die Koordinierung von Sammelabschiebungen können durchgeführt werden. Kurz gesagt: Es soll eine Behörde ausschließlich für die Abschiebung von Flüchtlingen sein.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Ein Reisebüro!)

Das ist ein vergiftetes Geschenk an die Menschen in diesem Land. Es ist nur dafür geeignet, die zu bestärken, die fürchten, es wimmle geradezu von gefährlichen Straftätern unter den Flüchtlingen. Der Gesetzentwurf will vorgaukeln: Nun schafft die Staatsregierung endlich eine Ordnung.

Diese Ordnung gab es offenbar aus Sicht der Staatsregierung bisher nicht gut genug. Aber wie es mit Geschenken, die man überhastet besorgt, so ist – in diesem Fall für die extrem rechte Wählerschaft vor dem Wahltag –, sind diese auch Anlass zu Enttäuschungen. So ist es auch mit diesem Landesamtsgeschenk. Sein Aufgabenbereich ist nämlich nichts anderes als die Abschiebung. Deshalb sollte das Geschenk bitte auch so heißen, meine Damen und Herren von der CSU. Sie wollen damit nämlich nichts für Asyl oder gar Integration tun, auch nicht für die Menschen, die man aus diversen Gründen gar nicht abschieben kann, auch dann nicht, wenn ihr Asylantrag schon abgelehnt wurde.

Würden Sie es mit dem Begriff Asyl wirklich ernst meinen, dann würde dieses Amt die Kommunen bei der Unterbringung anerkannter Flüchtlinge unterstützen. Es würde den Zigtausend ehrenamtlichen Flüchtlingshelfern helfen, die täglich Integrationsarbeit leisten und sich mühevoll durch die immer komplizierter werdenden Regelungen, vor allem in Bayern, kämpfen müssen. Dieses Amt könnte noch viel mehr Positives leisten.

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, aber all dies wollen Sie nicht. Herr Minister, mit Verlaub, auch der geplante Personalbestand ist Augenwischerei. Die Behörde soll inklusive der ZAB über einen Personalbestand von etwa 1.000 Stellen verfügen – so sagen Sie. Aber die ZAB haben überhaupt keinen vollen Personalbestand. Im Rechts-

und Verfassungsausschuss hat man uns genau erklärt, dass auch nach drei Jahren gerade einmal etwa 70 % der vorgesehenen Stellen in den ZAB besetzt sind. Man hat dort ausführlich und wortreich von einem Vertreter des Innenministeriums gehört, die ZAB seien extrem wichtig. Man hat sie erfunden, um zum Beispiel die hochkomplexen Rückführungsaufgaben zu erfüllen. Offenbar wurde das aus Sicht der Staatsregierung nicht gut genug gemacht; denn deshalb kommt jetzt das neue oberzentrale Landesamt, quasi maximal oberzentral über den zentralen Ausländerbehörden.

Man möchte meinen, neben den Geschenken regnet es auch Beamte vom Himmel. Sie haben keine Ahnung, von wo Sie die Beamten für die Zentralen Ausländerbehörden oder die zusätzlich 120 Beamten für das Landesamt herbekommen sollen.

Tatsächlich ist dieses Geschenk eine leere Hülle, ein Knallbonbon, das von außen allenfalls für die AfD-Wähler hübsch aussehen soll, aber beim Öffnen nur kurz und laut Peng macht.

Oder vielleicht soll es auch so laufen wie bei den Pflegegeldanträgen beim neuen Landesamt für Pflege. Da sollen nämlich die Beamten für die Bearbeitung eines Pflegegeldantrages eine Nebenamtsvergütung von zwei Euro pro Fall zusätzlich bekommen, nur dafür, dass sie ihre Arbeit machen.

Das ist eine besondere Wahlkampfhilfe für die CSU. Bekommt der Beamte des Abschiebebeamtes vielleicht 2,50 Euro extra für jeden zusätzlich gefüllten Platz bei der Sammelabschiebung? Oder was genau ist der Plan, außer Wahlkampfgetöse für die Wählerschaft der AfD?

Dass über all dem noch das Wort "Asyl" verwendet wird, ist wirklich die Krönung des Missbrauchs von Sprache zu Wahlkampfzwecken, ebenso wie die Aussage des Ministerpräsidenten, es handele sich um – Zitat – "unser Bayern-BAMF". Das "B" in BAMF steht für "Bund". Ein "unser Bayern-BAMF" ist ein Widerspruch in sich; denn mit Asyl oder gar mit Integration hat das überhaupt nichts zu tun. Die Kompetenz zur Bearbeitung von Asylverfahren liegt beim Bund, und Integration wollen Sie ganz sicher nicht.

Der Präsident der Diakonie in Bayern hat es auf den Punkt gebracht, als er im März sagte: Mit dieser Bezeichnung wird "das hohe Gut des ... geschützten Rechts auf Asyl in Misskredit gebracht." Da wollen Sie sicherlich nicht sagen, Michael Bammessel sei unbedarft und von Lügenpropaganda in die Irre geführt. Er weiß genau wie alle anderen großen Wohlfahrtsverbände, was er sagt; denn diese Verbände sind seit Jahren dazu da, die Asylsozialberatung zum Teil mit eigenen Mitteln durchzuführen – eine staatliche Aufgabe! Und als Dank dafür hat der Freistaat Bayern gerade Stellen in diesem Bereich teilweise gekürzt.

Dieser Bereich sollte unterstützt werden durch ein Landesamt für Integration. Das wäre etwas, worüber wir reden könnten. Kolleginnen und Kollegen von der CSU und sehr geehrter Herr Minister, Sie schaffen kein Landesamt für Asyl – das können Sie gar nicht, und das wollen Sie auch nicht –. Sie schaffen ein Amt für Sammelabschiebungen, um wieder einmal dem rechten Rand zu Gefallen zu sein und dort Ängste zu schüren, und in den Eingangsbereich hängen Sie dann noch ein hübsches großes Kreuz.

(Beifall bei der SPD)

Wenn das kein Populismus ist! Wenn das nicht unanständig ist, noch dazu im Zusammenhang mit der Kreuzdebatte der letzten Wochen, dann weiß ich nicht, was Populismus ist.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie dabei sind, die beiden Gesetzentwürfe, die eben besprochen worden sind, zurückzuziehen, schlage ich vor, nehmen Sie dieses Landesamt gleich mit.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke sehr. – Nächster Redner ist der Kollege Straub.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gar nicht so sehr auf den Inhalt der Vorlage eingehen; das hat Herr Staatsminister Herrmann hervorragend gemacht. Ich möchte mich dafür bedanken, dass wir damit den Vollzug des Asylgesetzes, der uns bis dato schon gut gelungen ist, weiterentwickeln.

Frau Hiersemann, ich entnehme Ihrer Rede, dass Sie Rückführungen überhaupt nicht durchführen wollen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Was? Natürlich!)

Im Asylgesetz ist vorgesehen, dass es anerkannte Asylbewerber und abgelehnte Bewerber gibt. Klare Meinung der CSU ist, dass abgelehnte Asylbewerber in ihre Heimat zurückgeführt werden müssen.

(Beifall bei der CSU – Anhaltende Zurufe von der SPD)

Auf der einen Seite bemängeln Sie immer, dass Leute, die mehr als drei Jahre hier sind, nicht mehr zurückgeführt werden dürfen, weil sie schon so lange da sind. Aber auf der anderen Seite tun Sie alles dafür, dass das Asylverfahren so lange wie möglich dauert.

(Markus Rinderspacher (SPD): Was? Sie müssen hier wohl Bierzeltreden halten!)

Es ist unzweifelhaft, dass die Rückführungen schneller vonstattengehen müssen.

(Weitere Zurufe von der SPD)

– Herr Rinderspacher, hören Sie doch einmal kurz zu! Mit dem Landesamt für Asyl bündeln wir Kompetenzen. Wir können Synergien heben. Herr Staatsminister Herrmann hat schon sehr deutlich gesagt, was dieses Landesamt für Asyl tun soll. Das ist genau der richtige Weg.

Sie haben gesagt, wir würden Geschenke für AfD-Wähler machen. Ich habe kürzlich in der Zeitung gelesen, dass die CSU keine großen Abwanderungen zur AfD hat. Bei der SPD waren es 50 %, die als Neuwähler zur AfD gewechselt sind. Ich glaube, Sie sollten sich einmal Gedanken machen, wie Sie Ihre eigene Klientel wieder bedienen können. Ihre eigene Klientel will nämlich genau das, was auch wir wollen.

(Beifall bei der CSU – Ingrid Heckner (CSU): Sehr gut!)

Wir wollen, dass abgelehnte Asylbewerber in ihre Heimat zurückkehren.

Sie sagen, wir sollten ein Landesamt für Integration schaffen. Die CSU-Fraktion und die Bayerische Staatsregierung haben hier schon sehr lange gehandelt. Wir haben schon lange eine Beauftragte für Integration.

(Zurufe von der SPD)

– Ja, eine Staatsbeauftragte! Und eines ist auch noch ganz klar: Bayern braucht sich von Ihnen in Sachen Integration nichts sagen zu lassen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie sind nicht Bayern! – Weitere Zurufe von der SPD)

Bayern ist das integrationsfreundlichste Bundesland. Das haben wir bewiesen.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Sie sind nicht Bayern!)

Wir sind weltoffen, und wir kümmern uns ganz hervorragend um die Integration anerkannter Asylbewerber, und zwar viel erfolgreicher als alle SPD-geführten Bundesländer.

Das soll es von meiner Seite gewesen sein. Unser Staatsminister hat inhaltlich alles vorgetragen, was zum Landesamt für Asyl gesagt werden musste.

(Anhaltende Unruhe bei der SPD)

Ich glaube, Sie sollten sich wieder viel mehr Gedanken über Ihre eigenen Wähler machen, dann wären Sie vielleicht wieder einmal erfolgreicher.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke sehr. – Nächster Redner ist Herr Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sind von diesem neuen Landesamt leider auch noch nicht so überzeugt, wie Sie es vielleicht hoffen; denn hier geht es konkret auch um das Thema Doppelstrukturen und Wasserkopf. Brauchen wir das Landesamt?

Es geht natürlich um eine schnellere Durchsetzung der gesetzlichen Ausreiseverpflichtung von Personen, deren Asylantrag vom BAMF abgelehnt wurde. Das klingt logisch und richtig, sofern kein Abschiebeverbot vorliegt. Jetzt soll dieses neue Landesamt tätig werden. Da fragen wir: Wird das neue Landesamt diese Probleme lösen können?

(Markus Rinderspacher (SPD): Nein!)

– Okay, nein! Es wird im Moment gerade sehr viel diskutiert. Von Alexander Dobrindt wird der Begriff "Abschiebeindustrie" gebracht. Es wird kritisiert, dass in den ersten neun Monaten des Jahres 2017 44 % aller Asylbescheide von den Gerichten korrigiert wurden. Die Klagen waren berechtigt, und wer hier etwas ändern will, muss die Gesetze ändern, das ist klar.

Fest steht auch, dass in Sachen Rückführung und freiwilliger Rückkehr mehr getan werden muss. Zum Stichtag 2017 waren in Deutschland noch 226.000 Personen ausreisepflichtig; in Bayern waren es 21.000. Jetzt ist die Frage, ob ein neues Landesamt diese Leute besser zurückführen kann. – Wir meinen: Nein. Wir haben schließlich auf Bundesebene bereits das BAMF. Das muss natürlich noch verbessert werden. Aber wir wollen nicht, dass auf Landesebene noch eine solche Behörde geschaffen wird.

Im Prinzip ist es auch eine Kritik an der Bundesbehörde, wenn Bayern sagt, wir machen in Zukunft alles selbst. Irgendwann wird Bayern dann vielleicht noch ein eigener Staat, dann können Sie alle Ihre Landesämter-Überlegungen konkret umsetzen.

Woran scheitert Rückführung? – Sie scheitert meist an der Weigerungshaltung der Herkunftsländer, und da kann eine bayerische Landesbehörde kaum Abhilfe schaffen. Sie müssten mir vielleicht erklären, wie Sie das machen soll.

Warum klappt es nicht? – Oft fehlen Pässe und Identitätsnachweise. Die Passbeschaffung soll eine weitere Kernaufgabe dieses neuen Landesamtes werden. Allerdings ist unserer Fraktion nicht klar, wie das gehen soll, wie man das erreichen will. Es gibt auch auf Bundesebene große Umsetzungsprobleme, und da soll aus Bayern die große Erleuchtung kommen. Das scheint mir unmöglich zu sein.

Die Koordination der Rückkehrerprogramme ist richtig; wir müssen mehr für die freiwillige Ausreise tun. Die FREIEN WÄHLER haben schon viele entsprechende Programme gefordert, damit noch mehr Leute freiwillig zurückkehren. Aber diese Forderungen wurden von der CSU einfach abgelehnt. Das muss man einmal deutlich sagen. Wir meinen, dass hier viel zu wenig vorangeht. Wir glauben, dass wir für die Koordination von Rückkehrprogrammen keine neue Behörde brauchen. Das kann man bereits heute gut organisieren. Wir müssen nur mehr Ressourcen und Geld reinstecken. Das ist ganz wichtig.

Dann geht es darum: Wir brauchen angeblich eine neue Behörde mit hohem Personalaufwand. Ob diese eine Verbesserung darstellt, bezweifeln wir sehr stark. Für uns ist auch klar: Wer nachweislich ausreisepflichtig ist, muss dies auch tun. Aber dazu brauchen wir keine neue Behörde. Das durchzusetzen gelingt uns mit den bisherigen Strukturen.

Wir wollen dieses Landesamt nicht von Anfang an völlig schlechtreden; aber wir haben bisher noch keine Argumente gehört, dass es dadurch insgesamt besser werden wird. Wir erwarten von der Staatsregierung konkrete Antworten; aber wir wollen

nicht, dass ein neues Landesamt mit neuen Strukturen und neuem Personal, eine Wasserkopfbehörde, aufgebaut wird. Die wirklichen Probleme, die da sind, müssen gelöst werden; aber wir sind skeptisch, dass das durch diese neue Landesbehörde geschehen kann.

Dann geht es darum: Sie wollen Anker-Zentren für Ankunft, Erfassung und Rückführung. Was wollen Sie denn? – Beides zusammen widerspricht sich zum großen Teil. Das ist auch ein Punkt. Natürlich wollen wir auch – das ist wichtig –, dass die Kommunen noch stärker unterstützt werden. Das ist für die FREIEN WÄHLER immer ein wichtiger Punkt. Das heißt, die Kommunen müssen finanziell stärker unterstützt werden. Ich erinnere daran, dass die Landratsämter bei den Flüchtlingen auf den gesamten Personalkosten sitzenbleiben. Das ist auch immer ein Punkt. Das ist oft ein Prozentpunkt der Kreisumlage.

Fazit: Wir sind nicht davon überzeugt, dass dieses neue Landesamt die bestehenden Probleme löst. Wir müssen die vorhandenen Strukturen besser nutzen und deshalb vielleicht das BAMF noch mehr unterstützen. Man könnte wieder denken, dass der neue Bayerische Ministerpräsident bewusst gegen den neuen Bundesinnenminister Seehofer arbeitet –

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) – und hier eine Retourkutsche abgibt.

Fazit: Wir sind von Ihren Überlegungen noch nicht überzeugt und warten auf weitere Erläuterungen. Derzeit ist das für uns keine Alternative.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Was brauchen wir in unserer Asylpolitik? – Wir brauchen als Erstes ein rechtsstaatliches Asylsystem. Hier wäre viel zu tun, Herr Innenminister. Insbesondere brauchen Asylsuchende Zugang zu einer unabhängigen Rechtsberatung vor und während ihres Verfahrens und einen Zugang zur Asylsozialberatung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wäre eine Grundvoraussetzung für ein Asylverfahren, das unseren rechtsstaatlichen Ansprüchen genügt. Geflüchtete sollten auch einen Zugang zu einer anständigen Rückkehrberatung bekommen. Dem ist aber nicht so. Ich brauche mir bloß anzuschauen, wie viele Rückkehrberatungsmittel in den verschiedenen Regierungsbezirken ausgereicht wurden, und siehe da: Ausgerechnet in dem Regierungsbezirk, in dem Sie Ihr wunderbares Landesamt platzieren wollen, gibt es so gut wie keine Rückkehrhilfen, in anderen Regierungsbezirken aber schon. Sie haben hier also ein großes Problem im Transitzentrum Manching. Offenbar gelingt es Ihnen, Geflüchtete zu vergraulen, sodass sie untertauchen, und Sie werten das anschließend als freiwillige Rückkehr. Rechtsstaatlich und vernünftig ist das alles nicht, auch nicht, wenn Sie sich mit der Integrationsbeauftragten jetzt, während meiner Rede, unterhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Während all dieses Nichtstuns haben Sie am 23.03. verkündet, dass Sie ein Landesamt gründen wollen. "Landesamt für Asyl" hieß es damals. Neckisch wurde es dann "Bayern-BAMF" genannt. Jetzt soll es "Landesamt für Asyl und Rückführungen" heißen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Bayernkrampf!)

– Jawohl. – Bislang sind für die Aufgaben in diesem Bereich die Ausländerbehörden zuständig, seit neuestem auch die ZAB. Daneben gibt es eine Passbeschaffungsstelle

bei der Regierung von Oberbayern. Irgendwo in diesem Bereich, in dieser Gemengelage, soll nun das Landesamt tätig werden. Wie dieses Landesamt mit den bisherigen Behörden zusammenarbeiten soll, bleibt in dem Gesetzentwurf ungeklärt.

Unbeantwortet blieb leider auch unsere Schriftliche Anfrage, die wir unmittelbar nach Ihrer Verkündung eingereicht haben; Sie ist bis heute noch nicht beantwortet, obwohl das Landtagsamt freundlicherweise mehrfach nachgehakt hat, wann wir denn nun die Antwort auf unsere Anfrage bekommen. Eine Anfrage, was dieses Landesamt tun soll, mit welchen Behörden es zusammenarbeiten soll oder ob vielleicht Mitarbeiter der ZAB aus Bayreuth oder aus anderen Regierungsbezirken nach Manching verlagert werden sollen – davor haben Sie nämlich durchaus Sorge, wie ich gehört habe –, blieb unbeantwortet. Stattdessen bringen Sie hier einen relativ windigen Gesetzentwurf ein, der diese Bezeichnung nicht verdient, meine Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Unbeantwortet blieb auch die Frage, für welche Gruppen von Asylbewerbern das Landesamt zuständig sein soll. Für welche Aufgaben soll der Geflüchtete aus Lindau oder aus Ansbach oder von irgendwoher für irgendwelche Verlängerungen von Papieren jeweils anreisen müssen? Wer zahlt die Fahrtkosten? Wie werden sie untergebracht? All dies ist unbeantwortet und sollte beantwortet werden, bevor Sie anfangen, dieses Gesetz überhaupt zu beraten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser Gesetzentwurf schafft allerorten mehr Verwirrung als Klarheit. Gerade in Manching und in Oberbayern haben wir die größten Probleme mit dem Anspruch auf rechtsstaatliche Asylverfahren. Es gibt keine adäquate Rückkehrunterstützung, keine adäquate Rückkehrberatung, keine adäquate Rechtsberatung, keine adäquate Asylsozialberatung. Deswegen stimmt der Ansatz, mit diesem Landesamt das Asylsystem besser zu regeln, wenig hoffnungsfroh.

Vielleicht noch ein Satz zum Kollegen Straub: Natürlich integrieren sich hier Flüchtlinge; aber sie tun das trotz und nicht wegen der CSU und dieser Staatsregierung. Das muss wirklich einmal gesagt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abschiebungen gehen mit diesem Landesamt auch nicht schneller. Warum gehen sie nicht schneller? – Sie müssen bloß mal schauen: Welche Menschen sind es, die momentan ausreisepflichtig sind? – Das sind zu über 50 % Menschen, die in Italien nach dem Dublin-Abkommen registriert worden sind. Sie können momentan nicht zurückkehren, weil Italien pro Monat schlicht und einfach nur so und so viele Dublin-Flüchtlinge zurücknimmt, weil Italien verärgert ist. Warum? – Weil Italien beim Thema Mittelmeeraanrainerstaaten –

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Kollegin, beachten Sie bitte die Uhr.

Christine Kamm (GRÜNE): – mit seinen Aufgaben weitestgehend alleine gelassen wird. Sie sollten sich anschauen, welche Probleme die Menschen haben, und nicht suggerieren, Sie könnten hier durch irgendein Landesamt die Rückkehr beschleunigen. Das wird Ihnen nicht gelingen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Staatsminister Herrmann.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres und Integration): Liebe Frau Kollegin Kamm, ich will Ihnen nur, damit jetzt nicht wieder irgendwelche völlig falschen Gerüchte im Land verbreitet werden, zu dem einen Punkt, den Sie konkret angesprochen haben, unmissverständlich sagen:

Erstens. Die Zuständigkeiten aller Ausländerbehörden der kreisfreien Städte und Landratsämter bleiben völlig unangetastet. Da ändert sich nichts. Da wird weder etwas weggenommen noch hinzugefügt.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Alles, was da zuständig ist, bleibt da auch. Es gibt überhaupt keinen Anlass zu meinen, da werde sich etwas ändern. Ich sage es hier nur noch einmal klar,

(Zuruf von der CSU: Lesen hilft!)

damit draußen gar nicht erst eine unsinnige Debatte beginnt. Es ist völlig klar.

Zweitens werden alle Zentralen Ausländerbehörden in den sieben Regierungsbezirken weiter so arbeiten. Das Landesamt für Asyl und Rückführungen koordiniert deren Tätigkeit und versucht vor allen Dingen, die Effizienz in den Abschiebeverfahren noch weiter zu steigern. Wenn zum Beispiel ein persönlicher Kontakt, eine Vorsprache notwendig ist, wird kein einziger Flüchtling deswegen persönlich nach Manching fahren müssen, sondern es wird alles über die Zentralen Ausländerbehörden, die überwiegend in den Einrichtungen wie Bamberg, Schweinfurt, Deggendorf, Regensburg usw. präsent sind, unmittelbar erledigt werden.

(Christine Kamm (GRÜNE): Steht alles nicht in dem Gesetz!)

– Aber jetzt wissen Sie es. Ich sage das, damit nicht morgen wieder irgendeiner anfängt, irgendetwas in die Welt zu setzen, was die Leute unnötig verrückt macht.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist dann so beschlossen.